



LANDESVERBAND RHEINLAND-PFALZ

SOZIALDEMOKRATISCHE
PARTEI
DEUTSCHLANDS

DER GENERALSEKRETÄR

SPD-Landesverband Rheinland-Pfalz, Klarastraße 15a, 55116 Mainz

BDM e. V.
Johannes Fritz
Gutenbergstr. 7-9
85354 Freising

29. Januar 2016

Wahlprüfsteine

Sehr geehrter Herr Fritz,

herzlichen Dank für die Übersendung der Wahlprüfsteine. Gerne übersende ich Ihnen unsere Antworten:

I. Milchmarkt – Gemeinsame Marktordnung

1. Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, den EU-Milchmarkt wieder in ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage zu bringen und damit zur umgehenden Behebung der Milchmarktkrise beizutragen?

Antwort der SPD RLP:

2015 wurde die Milchquote abgeschafft. Wir haben dies begrüßt, weil wir glauben, dass die globalen Milchmärkte den Absatz von Milch und Milchprodukten regeln werden. Global steigt der Milchverbrauch. Wir werden dafür sorgen müssen, dass die Milchviehbetriebe weiterhin fit für den Wettbewerb sind oder werden, z. B. durch Investitionsförderungen und Flurbereinigungen. Gleichzeitig wollen wir die politischen Rahmenbedingungen in Europa zum Ausgleich von Wettbewerbsnachteilen weiter entwickeln. Insgesamt sind die Milchviehbetriebe und Molkereien im europäischen Vergleich gut aufgestellt. Die Exportorientierung sollte als Chance gesehen werden und nicht als Nachteil. Die Erdbevölkerung wächst und damit auch die Nachfrage an Milch, insofern ist langfristig global mit einem steigenden Absatz und stabilen Preisen zu rechnen.

Hausadresse:
SPD-Landesverband
Rheinland-Pfalz
Klarastraße 15a
55116 Mainz

Postanschrift:
SPD-Landesverband
Rheinland-Pfalz
Postfach 37 46
55027 Mainz

Fon:
(06131) 27061 0
Fax:
(06131) 27061 27

E-Mail:
LV.Rheinland-Pfalz@spd.de
Internet:
www.spd-rlp.de

Bankverbindung:
SEB Mainz
IBAN: DE42550101111073939100
BIC: ESSEDE5F550

2. Der BDM e. V. hat mit dem Milchmarkt-Krisenmanagement-Konzept einen Vorschlag zur Verhinderung dieser sich regelmäßig wiederholenden, massiven Milchmarktkrisen vorgelegt. Dieser wird auf europäischer Ebene vom European Milk Board mitgetragen und eingefordert. Darin werden bestehende Instrumente des EU-Sicherheitsnetzes mit Instrumenten, die in der Lage wären, zeitlich befristet auf die EU-Milchmengenentwicklung Einfluss zu nehmen, kombiniert. Wie steht Ihre Partei im Fall schwerer Marktkrisen zu Überlegungen, die Angebotsmenge mit zeitlich befristeten Marktmaßnahmen an die reale Nachfrage anzupassen?

Antwort der SPD RLP:

Gutachten des Lehrstuhls für Agrarmarketing der Uni Kiel zeigen, dass eine Milchmengenreduktion als nicht zielführend erachtet wird (v. Alvensleben 2000). Im Gegenteil: dauerhaft können sie zu einer Konservierung nicht marktangepasster Strukturen führen, die bei einer Marktanpassung viel weitreichendere Verwerfungen haben als liberale Agrarmärkte. Allerdings weisen die Forscher der Uni Kiel auch darauf hin, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Produkte erhöht werden muss und die bestehenden Instrumente verbessert und neue gefunden werden müssen. Dabei müssen auch die volkswirtschaftlichen Effekte honoriert werden, z. B. durch die Erhöhung der Grünlandprämien. Diese Analyse teilen wir und unterstützen unsere Landwirte und Landwirtinnen bei der konsequenten Modernisierung der Betriebe und u. a. auch in der nachhaltigen Beratung durch die Agrarverwaltung.

3. Die EU-Kommission geht laut einer kürzlich veröffentlichten Verlautbarung von einem möglichen Milchpreisniveau zwischen 32 und 34 Cent bis 2020 aus. Erst danach könnte sich ein Milcherzeugerpreis von über 35 Cent je Kilogramm einstellen. Sieht Ihre Partei ein solches Milchpreisniveau für realistisch und ausreichend an, die Milchviehhaltung in unserem Bundesland zu halten?

Antwort der SPD RLP:

Es gibt Betriebe, die mit diesem Niveau zurecht kommen. Allerdings wird es sicher auch Milcherzeuger geben, die sich für einen Ausstieg aus der Milcherzeugung entscheiden. Daher wäre es wünschenswert, wenn sich das Preisniveau zügig nach oben entwickeln würde. Wichtig ist es mit verschiedenen Maßnahmen die Liquidität zukunftsfähiger Betriebe zu sichern, insbesondere im Hinblick auf Krisen und Marktverwerfungen, wie sie in 2015 beobachtet werden konnten.

4. Laut den Ergebnissen der Sektoruntersuchung Milch des Bundeskartellamts besteht ein markantes Marktgefälle zu Ungunsten der Milchviehhalter, besonders im genossenschaftlichen Bereich. Gibt es in Ihrer Partei Überlegungen, wie diesem untragbaren Zustand abgeholfen werden kann?

Antwort der SPD RLP:

Das Bundeskartellamt stellt in seinem Bericht in der Tat Ungleichgewichte zwischen Erzeugern und Molkereien bzw. Molkereien und dem Lebensmitteleinzelhandel fest. Wir beobachten diesen Zustand sehr genau und sehen ihn ebenso kritisch. Dennoch gibt es derzeit ehrlicherweise keine Möglichkeit diesen Zustand regulatorisch zu beenden.

II. Gemeinsame EU-Agrarpolitik - Halbzeitbewertung 2017

5. Wie steht Ihre Partei zu der auf nationaler Ebene eingeräumten Möglichkeit, bis zu 30 Prozent des Direktzahlungsvolumens für eine erhöhte Förderung der ersten Hektare zu verwenden und damit die kleineren und mittleren Betriebe deutlich besser zu stellen als bisher?

Antwort der SPD RLP:

Für eine echte Halbzeitbewertung ist es unseres Erachtens noch zu früh, weil die Reform ja erst im ersten Jahr der Umsetzung ist. Hier müssen die weiteren Erfahrungen abgewartet werden. Grundsätzlich sprechen wir uns für Planungssicherheit aus.

6. Wie steht Ihre Partei zu der auf nationaler Ebene eingeräumten Möglichkeit, bis zu 15 Prozent des Direktzahlungsvolumens von der ersten in die zweite Säule und damit deutlich mehr als bisher umzuschichten?

Antwort der SPD RLP:

s.o.

2. Kann sich Ihre Partei vorstellen, die Landwirtschaft aus den jeweiligen Verhandlungen auszuklammern?

Antwort der SPD RLP:

Die Landwirtschaft in Deutschland steht bereits seit Jahrzehnten im globalisierten Wettbewerb. Insofern kann man diesen Zweig der Weltwirtschaft nicht aus den Verhandlungen ausklammern. Wir werden aber Ergebnisse der Verhandlungen sehr genau prüfen und uns für die heimische Landwirtschaft einsetzen.

IV. Agrarpolitische Ansätze auf Bundes- und Länderebene

1. Welche Position nimmt Ihre Partei zur Novellierung der Düngeverordnung ein?

Antwort der SPD RLP:

Die Novellierung der Düngeverordnung ist notwendig. Aufgrund des Anlastungsverfahrens der EU-Kommission zu erhöhten Stickstoffbelastungen im Trinkwasser in Deutschland müssen wir die Stickstoffbelastung im Trinkwasser langfristig reduzieren. Hierzu dient die Novellierung der Düngeverordnung. Dabei muss klar sein: Es dürfen keine unzumutbaren Belastungen für die Landwirtschaft entstehen.

2. Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, beim Kennzeichnungsrecht, insbesondere bei der Herkunftsbezeichnung, dahingehend zu wirken, die Herkunft und Zusammensetzung der Nahrungsmittel durchgängig nachvollziehbar zu machen?

Antwort der SPD RLP:

Kennzeichen- und Herkunftsbezeichnungen erhöhen die Transparenz für den Verbraucher. Dies ist ein gesellschaftlicher Trend, der von nationalen und auch EU Behörden seit Jahren forciert wird. Wir unterstützen dies im Rahmen der Produkttransparenz.

3. Das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft stellte Handlungsbedarf bei der Nutztierhaltung fest. Sieht Ihre Partei Handlungsbedarf im Sinne des Gutachtens, wenn ja, welche Vorstellungen zur Finanzierung des Umbaus der Tierhaltungssysteme hat Ihre Partei?

Antwort der SPD RLP:

Tierwohl und –Gesundheit sind wichtige Anliegen der SPD. Das Gutachten der Bundesregierung stellt einen grundsätzlichen Handlungsbedarf fest, ohne Schuldzuweisungen oder die Benennung eines konkreten Handlungsdrucks. Auch hier sind Veränderungen nur langfristig erreichbar, wobei die SPD auch bei diesem Thema eng an der Seite der landwirtschaftlichen Betriebe stehen wird.

Mit freundlichen Grüßen



Jens Guth, MdL
Generalsekretär